

IdNr. 56 421 473 806
Steuernummer 204/446/00927
(Bitte bei Rückfragen angeben)

gescannt

04. Juli 2018

Finanzamt, 63736 Aschaffenburg
01 2FF3 4DF0 0B 6000 3B98
DV07 18 0,70 Deutsche Post



*B06*03*000953*

EK Kanzlei
Rechtsanwältin Frau Eva
Konieczny
Rienzistr. 17
70597 Stuttgart

Finanzkasse
Bad Kissingen
97688 Bad Kissingen
Bibrastr. 10
Zi.Nr.: 111
Tel.: 0971 8021-514

Bescheid für 2017

über

Einkommensteuer
und
Solidaritätszuschlag

für

Herrn Michael Harink Simmeringer Hauptstr. 9 1100 WIEN OESTERREICH

Festsetzung

Art der Steuerfestsetzung

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festgesetzt werden
ab Steuerabzug vom Lohn
verbleibende Steuer
Abrechnung (Stichtag 25.06.2018)
der Finanzkasse des Finanzamts Bad Kissingen
bereits getilgt
mithin sind zu viel entrichtet

Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €
0,00 236,00	0,00 12,98
-236,00	-12,98
0,00	0,00
236,00	12,98

Das Guthaben von 248,98 € wird erstattet auf das Konto mit der
IBAN DE97 7609 0500 0003 8043 99 bei Sparda-Bank Nürnberg.

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	€
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	
Bruttoarbeitslohn	4.281
ab Arbeitnehmer-Pauschbetrag	1.000
Einkünfte	3.281
Summe der inländischen Einkünfte	3.281

Bescheid für 2017 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag
vom 03.07.2018

Summe der inländ. Einkünfte (Übertrag)		3.281
ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben		
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	485	166
davon 84 %	408	
ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung	242	
verbleiben	166	
Beiträge zur Krankenversicherung	192	220
inklusive etwaiger Zusatzbeiträge	7	
ab Kürzungsbetrag nach § 10 Abs. 1	185	
Nr. 3 Buchstabe a Satz 4 EStG	35	
verbleiben	220	220
Beiträge zur Pflegeversicherung		
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1		
Nr. 3 EStG		
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen		386
Sonderausgaben-Pauschbetrag		36
Einkommen / zu versteuerndes Einkommen		2.859

Berechnung der Steuer

	€
zu versteuern nach dem Grundtarif	2.859
festzusetzende Einkommensteuer	0

Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
Einkommensteuer	0,00
davon 5,5 % Solidaritätszuschlag	0,00



Bescheid für 2017 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag
vom 03.07.2018

E r l ä u t e r u n g e n z u r F e s t s e t z u n g

Sollten Sie vermögenswirksame Leistungen angelegt haben, können Sie ggf. die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage noch bis zum 31.12.2021 beantragen, wenn Sie bis zum 31.12.2019 in die elektronische Datenübermittlung eingewilligt und dem Anbieter Ihre Identifikationsnummer mitgeteilt haben. Der Festsetzung liegen Ihre (am 04.04.2018 um 18:44:08 Uhr) in authentifizierter Form übermittelten Daten zu Grunde.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Die Ergebnisse der Verarbeitung wurden zur elektronischen Übermittlung bereitgestellt.

Da Sie für Ihre Einkommensteuererklärung private Vordrucke verwenden bzw. die Steuererklärung elektronisch übermitteln, werden Ihnen bis auf weiteres keine amtlichen Einkommensteuer-Vordrucke mehr zugesandt.

Falls Sie beabsichtigen, gegen diesen Einkommensteuerbescheid Einspruch einzulegen oder einen Antrag auf schlichte Änderung zu stellen, sollten Sie die Belege zu Ihrer Steuererklärung, die zu dieser Steuerfestsetzung geführt hat, bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- bzw. Änderungsverfahrens aufbewahren. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO), sollten die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehalts der Nachprüfung aufbewahrt werden. Belege, die für mehrere Jahre von Bedeutung sind (z.B. ärztliche Atteste), sollten entsprechend länger aufbewahrt werden. Aufbewahrungspflichten nach z.B. §§ 147, 147a AO oder anderen gesetzlichen Vorschriften (z.B. § 14b UStG, § 50 EStDV) bleiben unberührt. Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z.B. für Erziehungsgeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG)

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08 -, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen.

Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein Einspruch ist daher insoweit nicht erforderlich.

Originalpapier nur, wenn dieser Hinweis im Grunddruck erscheint

Bescheid für 2017 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag
vom 03.07.2018

R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags kann mit dem Einspruch angefochten werden.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Zu Ihrer Information:

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über "Mein ELSTER" (www.elster.de) zu übermitteln.

